

Was würde ein Dexit kosten?

Rund 690 Milliarden Euro und 2,5 Millionen Jobs in fünf Jahren, rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft. Hier ist die ganze Bilanz – beide Seiten.



Der Wunsch dahinter verdient eine ernsthafte Antwort, keinen Spott. Wer „Dexit“ sagt, meint meist: weniger Fremdbestimmung, weniger Beitragszahlungen, wieder Herr im eigenen Haus. Das sind legitime Anliegen. Prüfen wir also nüchtern, was ein Austritt kosten und was er bringen würde.

Die Einnahmenseite des Austritts

Zwei Posten stehen im Plus. Erstens der Nettobeitrag: Deutschland zahlte 2024 rund 13,1 Milliarden Euro mehr nach Brüssel, als zurückfloss – etwa 157 Euro pro Kopf, der höchste Nettobeitrag der EU. Zweitens die formale Souveränität: kein EU-Recht mehr, kein EuGH, keine Brüsseler Verordnung.

Das ist real. Nur: Beides muss man gegen die andere Seite der Rechnung halten.

Die Ausgabenseite

Deutschland lebt vom Verkauf ins Ausland wie kaum ein zweites großes Land – und rund 55 Prozent der Exporte gehen in die EU, zollfrei, kontrollfrei, nach einheitlichen Regeln. Die Bertelsmann-Stiftung beziffert allein die Einkommensgewinne durch den Binnenmarkt auf etwa 1.046 Euro pro Kopf und Jahr – das Sechs- bis Siebenfache des Nettobeitrags.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat 2024 den Austritt durchgerechnet, entlang der realen Brexit-Erfahrung: Nach fünf Jahren läge die Wirtschaftsleistung um 5,6 Prozent niedriger, kumuliert rund 690 Milliarden Euro; etwa 2,5 Millionen Arbeitsplätze fielen weg. Zum Vergleich: Das entspräche Corona- und Energiekrise zusammen – dauerhaft.

Dazu käme, was in der Debatte gern untergeht: Ein EU-Austritt wäre auch ein Euro-Austritt. Die neue D-Mark würde kräftig aufwerten – und jedes deutsche Auto, jede Maschine schlagartig teurer machen, ausgerechnet in dem Moment, in dem die Industrie ohnehin um ihre Weltmarktposition kämpft.

Das Brexit-Argument, ehrlich geprüft

„Der Brexit ist ein Vorbild für Deutschland“, sagte die AfD-Vorsitzende. Man kann das inzwischen an Daten messen: Britische Institutionen und Forscher beziffern den Brexit-Schaden auf 4 bis 8 Prozent der Wirtschaftsleistung – bei einem Land, dessen Wirtschaft deutlich weniger am Export hängt als die deutsche. Ein Vorbild ist das nur, wenn man das Ergebnis nicht anschaut.

Und die zurückgewonnene Souveränität? Norwegen zeigt die Mechanik: Wer in den Binnenmarkt verkaufen will, übernimmt dessen Regeln – nur eben ohne Sitz am Tisch, an dem sie geschrieben werden. Aus Mitbestimmung würde Regelübernahme per Fax.

Die eigentliche Frage

Die Unzufriedenheit, aus der der Dexit-Wunsch wächst, hat oft einen wahren Kern: Die EU ist schwerfällig, teuer im Klein-Klein, schwer durchschaubar. Nur führt der Austritt nachweislich nicht zu mehr Kontrolle, sondern zu weniger – weniger Wohlstand, weniger Einfluss, dieselben Regeln. Wer Deutschlands Gewicht wirklich nutzen will, hat einen wirksameren Hebel: die Union reparieren, in der Deutschland das größte Stimmgewicht hat. Abreißen ist keine Reform.

Alle Fragen →

HÄUFIGE FRAGEN

Was sagt die wichtigste Studie zum Dexit?

Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnete 2024 durch: Nach fünf Jahren läge das BIP um 5,6 Prozent niedriger – rund 690 Milliarden Euro Verlust und etwa 2,5 Millionen verlorene Arbeitsplätze.

Wie viel zahlt Deutschland netto an die EU?

2024 rund 13,1 Milliarden Euro, etwa 157 Euro pro Kopf – der größte Nettobeitrag der Union. Dem stehen laut Bertelsmann-Stiftung Einkommensgewinne von rund 1.046 Euro pro Kopf und Jahr durch den Binnenmarkt gegenüber.

Ist der Brexit ein Vorbild für Deutschland?

Die AfD-Vorsitzende nannte ihn so. Die Daten sagen das Gegenteil: Britannien kostet der Austritt messbar 4–8 Prozent der Wirtschaftsleistung – und Deutschlands Wirtschaft ist deutlich exportabhängiger als die britische.

Müsste Deutschland auch den Euro verlassen?

Ein EU-Austritt hieße rechtlich auch: raus aus dem Euro. Eine neue D-Mark würde stark aufwerten – gut für Urlauber, ein Schlag für die Exportindustrie, an der jeder vierte Arbeitsplatz hängt.

Was würde Deutschland durch einen Austritt zurückgewinnen?

Formal: volle Gesetzgebungshoheit und den Nettobeitrag. Praktisch: Wer in den Binnenmarkt exportieren will, übernimmt dessen Regeln weiter – dann aber ohne Stimme bei ihrer Entstehung. Norwegen führt es vor.

QUELLEN

- IW Köln (2024): „Brexit – kein Vorbild für Deutschland“ (–5,6 % BIP, ~690 Mrd. €, 2,5 Mio. Jobs in 5 Jahren)
- Bundesbank/IW: Nettoposition Deutschlands 2024 (~13,1 Mrd. €, 157 €/Kopf)
- Bertelsmann Stiftung (2019): Binnenmarkt-Einkommensgewinne (~1.046 €/Kopf/Jahr für Deutschland)
- OBR (4 % Produktivität) / NBER & Goldman Sachs 2026 (6–8 %): messbare Brexit-Kosten
- Destatis: Anteil der EU an deutschen Exporten (~55 %)
- Alice Weidel, FT-Interview (2024): Brexit als „Vorbild für Deutschland“